

p.B.15.21.Su.(1) - GQ/FK/ar

B 21. JUNI 71

VERTRAULICH

Besuch des schwedischen Aussenministers, Torsten Nilsson,
in Bern vom 6. bis 9. Juni 1971

P r o t o k o l l

der beiden Arbeitssitzungen vom 7. und 8. Juni, jeweils von
10.00 bis 12.00 Uhr

An den beiden Besprechungen beteiligten sich
auf schwedischer Seite:

Torsten Nilsson	Aussenminister
Klas Böök	Schwedischer Botschafter in Bern
Ole Jödahl	Generalsekretär im Aussenministerium
Comte Wilhelm Wachtmeister	Direktor der politischen Angelegenheiten im Aussenministerium
Bent Borglund	Botschaftsrat der Botschaft in Bern
H.F. Grönwall	Erster Sekretär im Aussenministerium
M. Ekéus	Privatsekretär des Aussenministers

auf schweizerischer Seite:

Pierre Graber	Bundesrat, Vorsteher des EPD
Ernesto Thalman	Botschafter, Generalsekretär
René Fässler	Schweizerischer Botschafter in Stockholm
Hans Miesch	Minister, Chef des Politischen Dienstes Ost
A.L. Natural	Minister, Chef des Dienstes für politische Studien und Dokumentation
Peter Erni	Chef des Informations- und Pressedienstes
Maurice Jaccard *	Chef des Dienstes für Auslandschweizerangelegenheiten
François Pictet *	Stellv. Abteilungschef, Internationale Organisationen
Karl Fritschi	Politischer Dienst Ost
Benedikt von Tscharnher **	Integrationsbüro
Roger Grossenbacher	Politischer Dienst Ost (Protokoll)

*nahm an der zweiten Sitzung nicht teil.

**nahm an der ersten Sitzung nicht teil.



I. Erste Besprechung

Nach gegenseitiger Begrüssung durch Herrn Graber und Herrn Nilsson kommen beide Seiten überein, sich in einem zwangslosen Gespräch über die bilateralen Beziehungen der beiden Länder sowie über internationale Fragen von gemeinsamem Interesse zu unterhalten. Herr Nilsson erklärt, er habe keine bilateralen Probleme vorzubringen.

1. REVISION DES SCHWEIZERISCH-SCHWEDISCHEN SOZIALVERSICHERUNGSABKOMMENS

Herr Graber*weist darauf hin, dass das schweizerisch-schwedische Sozialversicherungsabkommen von 1954 aus verschiedenen Gründen revisionsbedürftig sei; der Bundesrat wäre deshalb dankbar für die prinzipielle Zustimmung der schwedischen Regierung zu einer Revision dieses Vertragswerks.

Herr Nilsson, der in schwedischer Sprache antwortet und dessen Aussagen von Herrn Wachtmeister übersetzt werden, versichert, ihm seien die Probleme der Sozialversicherungen gut bekannt und er sei sich bewusst, dass die Sozialversicherungsabkommen auch mit andern Staaten revidiert werden müssten. So wird Schweden z.B. am 14. Juli mit Italien in dieser Sache Verhandlungen aufnehmen. Herr Nilsson sichert seinem schweizerischen Gesprächspartner zu, seine Wünsche an das zuständige Departement für soziale Fragen weiterzuleiten, und hofft, bei den Verhandlungen werde eine für beide Staaten befriedigende Lösung gefunden werden.

Herr Graber erklärt sich von dieser Antwort befriedigt. Die bilateralen Geschäfte sind damit erledigt.

*Die Diskussionsbeiträge des Departementsvorstehers finden sich in extenso im Dossier.

2. TOUR D'HORIZON UEBER EUROPÄISCHE UND WELTWEITE POLITISCHE FRAGEN

a) Zivilisationskrise

Herr Graber stellt Betrachtungen über die Industrie-Gesellschaft an und stellt fest, dass Wissenschaft und Technologie mehr und mehr unser Leben beeinflussen. Wir befinden uns auf einer Art Vulkan: wissenschaftlicher Fortschritt und wunderbare Perspektiven einerseits, Vernichtung und Tod durch Nuklearkrieg und Umweltverschmutzung andernseits. Diese Probleme lösen - namentlich bei der Jugend - häufig Angst und Bestürzung hervor. Herr Graber möchte nun wissen, ob in Schweden ebenfalls gewisse Ansätze einer Zivilisationskrise bestehen und ob Herr Nilsson darüber Informationen besitze, wie es auf diesem Gebiet in den Oststaaten und in der UdSSR stehe.

Herr Nilsson bestätigt, dass die hier aufgeworfenen Fragen im Hinblick auf die Zukunft von allerhöchster Wichtigkeit sind. Die technologische Entwicklung hat effektiv eine Produktionsschwemme ermöglicht, ohne jedoch das Problem der Minderbemittelten zu lösen. Die Zahl jener, die vom Wohlstand nicht profitieren, hat sich im Gegenteil noch vergrößert.

Besonders die intellektuelle Jugend fühlt sich ausserhalb der Gesellschaft. Sie weiss, dass sie im Schatten der Atombombe lebt und ist mit den Versuchen zur Lösung der Probleme, welche die jetzigen Politiker unternehmen, unzufrieden. Unzufriedenheit entsteht aber auch wegen der Inflation und der Arbeitslosigkeit, die gerade in den hochentwickelten Ländern sehr bedeutend sind (Beispiele: USA und England).

Was nun Schweden betrifft, so stellt man fest, dass Inflation und Arbeitslosigkeit grösser sind als in früheren Jahren. Vor einiger Zeit akzeptierte man die Arbeitslosigkeit noch als wirtschaftliches Mittel, heute aber muss man andere Lösungen finden, um dieses Problem zu meistern. Es ist die Pflicht der verantwortlichen Politiker, sich diesen Fragen zu widmen. Schweden hat den Versuch unternommen, diese Probleme zu bewältigen, bis jetzt aber die richtigen Mittel noch nicht gefunden. Mit der zunehmenden gegenseitigen Abhängigkeit der Staaten wird es immer wichtiger, sich gemeinsam mit den Problemen, die sich den modernen Län-

dern stellen zu befassen. Dies gilt besonders für die europäische Integration, für die gesamteuropäische Lösungen gefunden werden müssen.

Auch in der schwedischen Jugend gibt es anarchistische Tendenzen. Dies drückt sich besonders darin aus, dass sie gegenüber der Politik und den Politikern Misstrauen hegt und sich gegen die repräsentative Demokratie wendet. Die Jugend glaubt, die wirkliche Demokratie werde von kleinen Gruppen vertreten. Dieser neue Radikalismus ist anarchistisch und antidemokratisch, denn er ist auch zur Anwendung von Gewalt bereit. Ideologisch gesehen ist dieser Radikalismus nicht rein kommunistisch, sondern vielmehr pro-chinesisch, pro-castristisch oder anti-sowjetisch. Was alle diese Gruppen gemeinsam haben, ist ein Verwerfen der Werte der Demokratie, die den Wohlstand hervorgebracht hat. Man kann sich nun aber nicht einfach gegen die Jugend wenden und dabei glauben, man habe die Probleme unserer Zeit gelöst. Es ist nötig, dass man die Leute über die Werte der Demokratie informiert und auch mit Hilfe der Demokratie die industriellen Kräfte, welche die Probleme kreieren, zu beherrschen versucht. Gleichzeitig muss man sich aber auch gegen die extremistischen Uebertreibungen und Exzesse wehren.

In bezug auf die Sowjetunion und die Oststaaten ist mir nichts Genaues bekannt. Es scheint jedoch durchaus möglich, dass ähnliche radikale Tendenzen auch dort existieren. Indizien dafür sind die Geschehnisse in der Tschechoslowakei und Polen. In der UdSSR dagegen sind keine direkten Anzeichen eines wachsenden Radikalismus vorhanden. Eines hingegen scheint sicher: die Sowjetunion ist der Ort des zuverlässigsten und härtesten Konservatismus in der Welt.

b) Beziehungen: Europa - Asien

Herr Graber spricht über die zukünftige Rolle, die Europa und Asien in der Welt spielen werden. Im gegenwärtigen Machtedreieck USA-UdSSR-China scheint es, dass sich der Schwerpunkt der internationalen Beziehungen immer mehr nach Asien verlegt, nämlich an die Ufer des Stillen und des Indischen Ozeans.

Herr Nilsson erklärt sich ausserstande, sich über die Zukunft des Mittleren Ostens zu äussern; es würde ihm zudem schwerfallen, der einen oder der andern Seite rechtzugeben. Wie dem auch sei, die Jarring-Mission wird nur dann Erfolg haben können, wenn die Grossmächte wirklich daran interessiert sind, dass überhaupt eine Lösung gefunden wird. Jedoch darf auch die Rolle der direkt interessierten Staaten nicht vergessen werden, denn sowohl Aegypten wie Israel haben gezeigt, dass sie sich von den Supermächten nicht alles diktieren lassen wollen.

Was die Weltlage im grossen und ganzen angeht, so kann festgestellt werden, dass die Entspannung wesentliche Fortschritte gemacht hat. Hiefür gibt es eine ganze Reihe von Anzeichen:

- Unterzeichnung von Bonns Gewaltverzichtsverträgen mit Moskau und mit Warschau,
- Waffenruhe und Verhandlungswille im Nahen Osten,
- zunehmender Rückzug der USA aus Vietnam,
- Ratifikation des Atomsperrvertrags seitens vieler Staaten,
- Unterzeichnung des Vertrags über das Verbot des Aufstellens von Atomwaffen auf dem Meeresboden,
- Kompromisse über ein Verbot von chemischen und bakteriologischen Waffen,
- Bereitschaft der UdSSR, über den Rückzug von Truppen in Mitteleuropa zu verhandeln (Breschnews Rede in Tiflis),
- Chinas Ping-Pong-Politik,
- Aegyptens flexiblere Haltung im Nahost-Konflikt,
- Frankreichs Wille, Grossbritannien in die EWG aufzunehmen.

Es gibt aber auch Anzeichen verstärkter Spannung in der Welt:

- Die vorgeschobene Position der Raketen in Aegypten,
- die Gerüchte über sowjetische Unterseebootanlagen in Kuba,
- die ostdeutschen Störungen des Zugangsverkehrs zu Westberlin,
- die partiellen amerikanischen Bombardierungen in Nordvietnam,
- die Aktionen der USA in Laos und Kambodscha,
- die härteren Gegensätze im Mittleren Osten
- die von der NATO gestellten Vorbedingungen in bezug auf die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz.

- 6 -

Wenn man nun diese gegensätzlichen Tendenzen vergleicht, so ist es schwer zu sagen, welche von beiden stärker ist. Sicher wird jetzt mit drei Supermächten gerechnet werden müssen. Was dabei aber besonders wichtig ist, ist die Frage, wie sich die Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR weiterentwickeln werden. Es ist schwer einzusehen, warum die Russen eine Verschlechterung ihrer Beziehungen zu Washington wünschen könnten, denn der Rüstungswettlauf hat bei ihnen starke wirtschaftliche Rückwirkungen gehabt. Die amerikanische Position dagegen ist nicht so deutlich. Das Wettrüsten hat auch auf die amerikanische Wirtschaft Auswirkungen gehabt, jedoch erträgt sie viel mehr als die sowjetische. Es gibt soziale Unruhen in den Vereinigten Staaten, und die Aussenwelt bekommt den Eindruck, die amerikanische Aussenpolitik sei nicht mehr glaubwürdig. Die Vereinigten Staaten versuchen, ihren aussenpolitischen Willen durch Kampf gegen die kommunistische Aggression zu bekunden. Zudem wollen sie sich gegen die sowjetische Raketenübermacht sichern. Um die amerikanische Politik zu verstehen, darf man Israels Freunde in den USA nicht vergessen.

Im Zusammenhang mit dem Suezkanal muss hervorgehoben werden, dass es der UdSSR zum ersten Mal in der Geschichte gelungen ist, durch die Dardanellen ins Mittelmeer vorzudringen. Die UdSSR ist daran, das durch den britischen Rückzug geschaffene Vakuum auszufüllen. Falls nun der Kanal wiedereröffnet würde, müsste bald damit gerechnet werden, dass sowjetische Kriegsschiffe im Indischen Ozean auftauchen würden. Findet eine derartige Penetration tatsächlich statt, so wird sich die strategische Situation geändert haben. Trotz dieser Situation wird über die amerikanische Truppenreduktion in Europa diskutiert (Mansfield-Vorstoss), denn Amerika hat schwierige innenpolitische Probleme zu lösen.

Folgende Schlüsse können heute gezogen werden:

- trotz der angespannten Lage bestehen Chancen für eine Entspannung,
- die SALT-Gespräche geben zu einer gewissen Hoffnung Anlass. Es ist vor allem wichtig, dass sie nicht abgebrochen werden, denn solange sie stattfinden, ist der Frieden gesichert. Die Gespräche könnten sich aber auch ohne jegliches Ergebnis in die Länge ziehen, wie dies bei den Berlinverhandlungen der Fall ist.

- 7 -

Zu der künftigen Entwicklung der Weltlage kann folgendes gesagt werden:

- In der Berlinregelung ist ein Fortschritt wichtig, um das Weiterbestehen der Regierung Brandt zu sichern. Europa spielt in der Welt nicht mehr seine frühere Rolle. Brandts Ostpolitik darf keinen Rückschlag erfahren, weil eine andere Politik, z.B. jene von Franz Joseph Strauss, einen unglücklichen Wechsel der Lage in unserem Teil der Welt herbeiführen würde.

- Im Mittleren Osten sind sämtliche Voraussagen schwer zu machen. Es könnte sein, dass die neue Führung in Kairo eine partielle Lösung zu ermöglichen vermöchte, so zum Beispiel die Wiedereröffnung des Suezkanals. Der ägyptische Führungswechsel hat aber auch den Pakt zwischen der RAU und der UdSSR hervorgebracht. Ueber diesen Pakt gibt es verschiedene Meinungen; seine genaue Interpretation bleibt ein schwieriges Unterfangen.

- In bezug auf den Fernen Osten kann der schweizerischen Lagebeurteilung zugestimmt werden. Es ist durchaus möglich, dass die Probleme zwischen China und der UdSSR grösser sind als diejenigen zwischen China und den USA, da ja Peking gegenüber Moskau territoriale Ansprüche geltend macht. China ist ohne Zweifel an einer Neutralisierung Südostasiens interessiert.

Herr Nilsson bemerkt abschliessend, dass er den Eindruck habe, es seien weltweite Bestrebungen im Gange, neue Wege zu finden, um die in den 60er Jahren festgefahrenen internationalen Probleme zu lösen. Dies sei alles, was er in seinem Optimismus sagen könne.

Herr Thalmann weist darauf hin, dass oft gesagt wird, die Neutralsollten etwas zur Entspannung beitragen. Welches wäre dabei die Rolle dieser Staaten ?

Herr Nilsson: Es ist für einen neutralen Staat sehr schwierig, etwas Spektakuläres zu tun. Er kann bestenfalls versuchen, das Misstrauen zwischen den Grossen zu vermindern helfen. Ein Beispiel für Schweden: Der Kreml war lange Zeit gegenüber den deutschen Sozialdemokraten und Brandt misstrauisch. Moskau glaubte nicht an die Ehrlichkeit

von Bundeskanzler Brandts Politik. Dank der guten und freundschaftlichen Beziehungen zwischen der schwedischen und der deutschen Sozialdemokratie war es möglich, dass Schweden der sowjetischen Seite immer wieder sagte, Brandts Absichten seien ehrlich und aufrichtig. Wie weit dieses Zureden nun wirklich Moskau beeinflusst hat, kann allerdings nicht gesagt werden, aber es ist doch der Versuch eines neutralen Staates, in einem konkreten Fall zur Entspannung das Seine beizutragen.

3. UNO - FRAGEN

a) Allgemeine Einführung

Herr Graber erkundigt sich nach den Erfahrungen Schwedens als neutrales UNO-Mitglied.

Herr Nilsson: Oberflächlich gesehen ergibt sich der Eindruck, die UNO habe versagt. Viele Erfahrungen bestätigen denn auch eine solche Ansicht. Zwei Beispiele sind hierfür besonders bezeichnend: die Sanktionen gegen Rhodesien; der Ausbruch des 6-Tage-Krieges zwischen Israel und Aegypten.

Gerade in letzterem Fall machte Schweden eine bittere Erfahrung, weil das UNO-Kontingent, an welchem schwedische Truppen beteiligt waren, im entscheidenden Moment zurückgezogen wurde. Es kann natürlich sein, dass U Thant in einer solchen Zwangslage war, dass kein anderer Ausweg mehr möglich war, da vermutlich Jugoslawien seine Truppen auf jeden Fall zurückgenommen hätte.

Obschon die UNO des öfters versagt hat, bleibt sie ohne Zweifel ein wichtiger Faktor. Sie ist eine Weltarena der Meinungsbildung; die Supermächte können sie deshalb nicht einfach übersehen. Beispiele solcher Meinungsbildung gibt es viele; um hier nur einen Fall zu erwähnen, sei auf den südafrikanischen Rassismus und Kolonialismus hingewiesen. Die Weltorganisation hat in dieser Sache nichts Konkretes erreicht, aber doch zu einer internationalen Meinungsbildung beigetragen.

Die UNO ist ebenfalls ein Ort der Kontakte zwischen Staatsmännern. Zwei Beispiele veranschaulichen dies: das Treffen Johnson/Kossygin und die Kubakrise (Herr Nilsson war persönlich im Sicherheitsrat anwesend, als die Vereinbarung über Kuba zustande kam).

Die Vereinten Nationen sind sogar so wichtig, dass sie, wenn sie nicht bestünden, sofort geschaffen werden müssten. Dies ist auch der Grund dafür, dass Schweden trotz seiner Neutralität ein aktives Mitglied der Organisation ist. Es hat seine Aktivität denn auch mehrere Male bewiesen, indem es an den friedenerhaltenden Aktionen teilnahm und auch die finanziellen Konsequenzen seiner Mitarbeit auf sich genommen hat.

Was die finanzielle Lage der Vereinten Nationen betrifft, so ist es ein Skandal, dass diese Organisation mit derart wenig Geld arbeiten muss. Schweden ist daher auch bereit, seine finanzielle Beteiligung zu vergrössern.

Die Vereinten Nationen können gegenwärtig in Pakistan sehr nützlich sein. In einem andern Fall allerdings, nämlich in Palästina, ist es nicht gelungen, das Flüchtlingsproblem zu meistern. Es ist überhaupt festzuhalten, dass eine Dauerlösung im Mittleren Osten nicht zuletzt von einer definitiven Regelung des Flüchtlingsproblems abhängt.

Trotz der Schwächen, welche die UNO gezeigt hat, ist Schweden ein überzeugter Anhänger der Weltorganisation.

b) Einzelprobleme

Herr Graber weist auf die schweizerische Politik der schrittweisen Annäherung an die UNO hin. Die Schweiz möchte Vollmitglied der UNO-Wirtschaftskommission für Europa werden und hofft, sie werde darin von Schweden unterstützt werden.

Herr Nilsson: Schweden ist hiezu bereit.

Herr Graber erläutert den Standpunkt der Schweiz, die Kodifikation des Völkerrechts vorzugsweise im Rahmen von weltweiten diplomatischen Konferenzen durchzuführen. Die Schweiz hofft, Schweden verstehe diesen Standpunkt.

- 10 -

Herr Nilsson erklärt auch hier, Schweden werde den schweizerischen Standpunkt selbstverständlich unterstützen.

Herr Graber spricht von den Anstrengungen zugunsten einer Revision und Erweiterung des humanitären Rechts. Die Schweiz plant, nach den Experten-Tagungen in etwa zwei Jahren eine diplomatische Konferenz einzuberufen und wäre dankbar für die Unterstützung Schwedens auf diesem Gebiet.

Herr Nilsson erklärt, dass sein Land an den Fragen des humanitären Rechts sehr interessiert ist. Schweden beteiligt sich zusammen mit seinen Nachbarn Norwegen und Dänemark aktiv an den Genfer Experten-Gesprächen und begrüsst die schweizerische Initiative.

Herr Graber befasst sich kurz mit den Arbeiten der UNO auf dem Gebiet des Umweltschutzes. Es scheint, dass die Teilnahme der Schweiz an der Konferenz von Stockholm in Frage gestellt ist.

Herr Nilsson ist über die gegenwärtige Situation im einzelnen nicht orientiert. Schweden ist für die Teilnahme aller Staaten an dieser Konferenz, denn nur so kann sie überhaupt ein Erfolg werden. Stockholm sieht mit Besorgnis, dass die DDR vermutlich nicht zugelassen werden wird. Obschon die Gründe dafür bekannt sind, will Schweden versuchen, eine Formel zu finden, die eine Beteiligung der DDR erlauben würde. Was für die DDR gilt, gilt natürlich noch mehr für die Schweiz.

Herr Thalman: Wegen der ostdeutschen Teilnahme in Prag gab es Schwierigkeiten. Sollte die Bundesrepublik an der Konferenz teilnehmen, die DDR aber nicht, so besteht die Gefahr, dass dadurch die Konferenz selbst in Frage gestellt wird.

Herr Nilsson teilt diese Befürchtung und hofft, es werde eine gangbare Lösung gefunden.

II. Zweite Besprechung

4. EUROPÄISCHE SICHERHEITSKONFERENZ

Herr Graber spricht namentlich über folgende Aspekte der Vorbereitung und Durchführung einer Sicherheitskonferenz: Berlinregelung, Truppenreduktion und friedliche Beilegung zwischenstaatlicher Streitigkeiten. Gerade in letzterem Punkte wäre die Schweiz daran interessiert, von den andern neutralen Staaten unterstützt zu werden.

Herr Nilsson erklärt, bei der Sicherheitskonferenz handle es sich um ein von den Oststaaten aufgeworfenes Problem. Da die westlichen Länder eine gewisse Bereitschaft bekundet hatten, an der Konferenz teilzunehmen, fand Schweden, es müsse auch mitmachen, dies unter zwei Bedingungen: alle an einer solchen Konferenz interessierten Staaten müssen daran teilnehmen (d.h. auch die USA und Kanada); die Konferenz muss gut vorbereitet werden.

Nach den Ereignissen in der Tschechoslowakei stellte Schweden fest, dass besonders Rumänien und Jugoslawien am Zustandekommen der Konferenz interessiert sind. Der rumänische Regierungschef Maurer hat Stockholm zu verstehen gegeben, dass solange die Sicherheitskonferenz tagen würde, so etwas wie die sowjetische Intervention in der CSSR nicht möglich sei. Der ungarische Aussenminister Peter hat Herrn Nilsson erklärt, die Tagesordnung der Konferenz sei unwichtig. Hauptsache sei, die Diskussion über die Möglichkeit der Zusammenkunft höre nicht auf. Gerade weil diese Oststaaten ein solches Interesse an der Konferenz haben, hat Schweden gegenüber diesem Projekt eine positive Haltung eingenommen.

Was das Berlin-Junktin betrifft, so handelt es sich hier um einen Vorbehalt der NATO. Dies ist eine Realität, die Schweden respektiert, obschon es selbst keine Vorbehalte vorzubringen hat.

Zum Thema der Organisation der Konferenz vertritt Stockholm die Meinung, die Vorbereitungsarbeiten müssten auf multilateraler und nicht auf regionaler Basis stattfinden. Trotz seiner positiven Haltung gegen-

-- 12 --

über der Konferenz macht sich Schweden keine Illusionen über die Resultate eines solchen Treffens.

Es ist durchaus möglich, die Frage des Truppenabbaus während der Konferenz zu behandeln, nur sollte dies im Rahmen eines besondern Ausschusses geschehen. Wenn jedoch zur Ernennung eines solchen Spezialorgans geschritten wird, darf man nicht vergessen, dass die an der Genfer Abrüstungskonferenz gemachten Erfahrungen nicht ermutigend sind. Schweden ist in Genf sehr aktiv gewesen; es muss zugegeben werden, dass sehr wenig erreicht wurde. Immerhin ist festzuhalten, dass die Konferenz das Wettrüsten ein wenig gebremst hat.

Herr Graber erkundigt sich nach dem schwedischen Standpunkt in der Frage der Schiedsgerichtsbarkeit.

Herr Nilsson: Schweden ist seit jeher ein fester Anhänger der Schiedsgerichtsbarkeit gewesen. Es ist deshalb nur logisch, wenn Schweden mit der Schweiz "ganz einverstanden" ist.

5. GETEILTE STAATEN

a) Deutschland

Herr Graber erläutert nach einigen Bemerkungen grundsätzlicher Art die schweizerische Haltung gegenüber der DDR. Eine Anerkennung Pankows steht nicht zur Diskussion. Es geht darum, das Verhältnis zur DDR im Sinne einer Minimallösung zu normalisieren. Da Schweden in seinen Beziehungen zur DDR weitergegangen ist als die Schweiz, wäre es von Interesse, über die dabei gemachten Erfahrungen informiert zu werden. Wie stehen die Chancen einer Anerkennung Pankows durch Schweden ?

Herr Nilsson stellt fest, dass Schweden und die Schweiz auf dem Gebiet der geteilten Staaten grundsätzlich den gleichen Standpunkt vertreten.

Was Ostdeutschland betrifft, so hat sich die schwedische Argumentation in den letzten Jahren etwas verändert. Früher fand man, die

Zukunft Deutschlands sei von den Siegermächten und den Deutschen gemeinsam zu regeln. Aus diesem Grund sprachen sich viele für eine Anerkennung der DDR aus. Diese Meinung war gerade in den Kreisen der Linksoption stark vertreten. Mit der Zeit wuchs auch innerhalb der Industrie das Verlangen, bessere Beziehungen zur DDR zu schaffen, denn die schwedischen Exporte dorthin sind bedeutend und übersteigen z.B. diejenigen Frankreichs. Es wurde immer schwieriger, die Forderung nach Anerkennung zu umgehen. Nach dem Treffen Brandt-Stopk herrschte die Meinung vor, wenn die Bundesrepublik nun die DDR anerkenne, könne Schweden dies auch tun.

Neuerdings hat sich die schwedische Haltung geändert. Die neue Argumentation beruht auf der Feststellung, dass ein Anerkennen der DDR der Regierung Brandt innenpolitische Probleme schaffen und Brandts Ostpolitik Schaden zufügen würde. So lange dies der Fall ist, wird Schweden die DDR nicht anerkennen.

Pankow benützt jede Gelegenheit, die Anerkennung zu erhalten, indem es namentlich die schwedische Industrie zu überreden versucht, bei der Regierung für seine Sache einzutreten. Oft fallen die Vertreter der Industrie dieser Versuchung zum Opfer, was jedoch die schwedische Haltung nicht ändert.

b) Vietnam

Herr Graber stellt die Politik der Schweiz gegenüber Nordvietnam dar. Endziel dieser Politik ist die Anerkennung Hanois. Schweden hat dies bereits getan. Welches sind die Erfahrungen, die dabei gemacht wurden, und wie beurteilt Schweden die Lage in Nordvietnam ?

Herr Nilssor: Schweden hat mit Nordvietnam die diplomatischen Beziehungen in einem Zeitpunkt aufgenommen, den es für richtig hielt. Vorher bestanden lediglich indirekte Kontakte über die schwedische Botschaft in Peking; dies hat sogar Schwedens Vermittlertätigkeit zwischen den USA und Nordvietnam ermöglicht; die Bedeutung dieser Rolle ist jedoch nicht zu überschätzen. Diese Vermittlerrolle war mit dem Beginn der Pariser Verhandlungen endgültig vorbei. Als die USA

-- 14 --

diese Verhandlungen begannen und damit Nordvietnam de facto anerkannten, fand Stockholm, es könne seinerseits die Anerkennung vornehmen.

Mit gewisser Vorsicht kann man sagen, die Anerkennung habe es Schweden erlaubt, die Lage in Südost-Asien besser zu beurteilen. Ein Beispiel ist die amerikanische Intervention in Laos und Kambodscha. Die Nordvietnamesen teilten den Schweden ihre ersten Reaktionen mit. Diese zeigten, dass Hanoi über die Intervention nicht allzu unzufrieden war. Es war der schwedischen Botschaft in Hanoi auch möglich, die Voraussage zu machen, dass die Operation in Laos und Kambodscha zum Scheitern verurteilt war.

Die Beziehungen zu Hanoi gaben Schweden ebenfalls die Möglichkeit zu erfahren, dass die Nordvietnamesen gegenüber China und der UdSSR die Selbständigkeit bewahren wollen und bestrebt sind, ein "Atemloch" zum Westen hin zu haben, mit dem Hanoi Beziehungen wünscht und diese auch zu erweitern gedenkt. Es ist für Hanoi nützlich, in seinem Denken auch die westlichen Urteile zu berücksichtigen.

Schweden hat sich aktiv um das Problem der Kriegsgefangenen gekümmert und von Hanoi das Verzeichnis der überlebenden US-Piloten erhalten, das an die Interessierten weitergeleitet wurde. Bezüglich einer allfälligen Internierung der Gefangenen in einem neutralen Land bleibt Schweden zurückhaltend, denn es ist sich bewusst, dass die Gefangenen von Hanoi als Verhandlungskarte benutzt werden. Eine Internierung kommt nur in Frage, wenn beide kriegsführenden Seiten einen entsprechenden Antrag stellen. Die USA wären dazu bereit, Hanoi aber nicht.

Herr Miesch weist darauf hin, dass die Schweiz öfters Schreiben von Angehörigen der Gefangenen oder sogar Drohbriefe an die Adresse Hanois erhalte. Die Schweiz leitet solche Briefe nicht weiter, denn wir wissen, dass Hanoi sie nicht akzeptieren würde.

Herr Nilsson findet eine Vermittlerrolle nicht mehr notwendig, denn Proteste und andere Schreiben von amerikanischer Seite können direkt in Paris überreicht werden.

Herr Miesch fügt bei, dies sei auch die schweizerische Meinung.

Herr Nilsson ergänzt, Schweden habe nie Protestschreiben, wohl

aber einige Briefe an Hanoi weitergeleitet.

c) Korea

Herr Graber erkundigt sich nach der schwedischen Politik im Hinblick auf die Zukunft und namentlich nach der Haltung gegenüber der von den USA offenbar angestrebten Stilllegung der neutralen Ueberwachungskommission.

Herr Nilsson stellt fest, dass Schweden sich Korea gegenüber wie die Schweiz verhalte. Auch Schweden empfängt nordkoreanische Handelsdelegationen und wird dabei von Südkorea strengstens überwacht. Schweden wird Nordkorea gegenüber seine Haltung nicht ändern. Schweden ist Mitglied der neutralen Ueberwachungskommission, doch ist Stockholm von einer eventuellen Stilllegung nichts bekannt. Schweden teilt die Meinung der Schweiz und findet, eine Auflösung oder Stilllegung der erwähnten Kommission wäre Sache der Unterzeichner des Waffenstillstandsabkommens.

6. EUROPÄISCHE INTEGRATION

Herr Graber widmet sich den grundsätzlichen politischen Fragen der europäischen Integration und den jüngsten Ereignissen in diesem Bereich.

Herr Nilsson erläutert die schwedische Stellung. Sein Land hat bekanntlich an die Europäischen Gemeinschaften einen offenen Antrag gestellt, der somit auch eine allfällige Vollmitgliedschaft in Betracht zog. Stockholm hat dies getan, um sich eine möglichst gute Ausgangsstellung zu schaffen. Eines aber wurde immer unterstrichen: die Neutralität ist nicht verhandlungsfähig.

Der Davignon- und der Werner-Bericht schufen aber eine neue Lage. Schweden erklärte daher, eine Vollmitgliedschaft wäre aus Gründen der Neutralität nicht mehr möglich.

Die heutige Lage ist schwer zu beurteilen. Was es an Lösungen geben wird, ist ungewiss. Die Möglichkeit einer Zollunion ist nicht auszuschliessen; es ist jedoch nicht sehr nützlich, sich hier länger mit dem Problem der verschiedenen Assoziationsvarianten zu befassen.

- 16 -

In bezug auf die Folgen des Treffens Heath/Pompidou auf die Idee der Supranationalität kann man jetzt noch keine Antwort geben. Man kann sich höchstens fragen, welche Form der Beteiligung Englands an der EWG gefunden werden wird. Sicher ist jedoch, dass Heath sich für Europa entschieden hat und der Sechsergemeinschaft beitreten will, dies sogar gegen den Willen der Opposition in seiner eigenen Partei. Wilson und seine Partei sind gegen die britische Beitrittspolitik. Sie kritisieren dabei die Handlungsweise der Regierung und behaupten, die Verhandlungen würden schlecht geführt und die Kosten eines Beitritts seien zu hoch. Diese Haltung mag zunächst erstaunen, denn Wilson selbst war ja während seiner Regierungszeit für den Beitritt. Es handelt sich jedoch um innenpolitische Taktik.

Schweden geht von der Tatsache aus, dass Grossbritannien Mitglied der EWG wird. Das stellt natürlich die Frage, wie sich Stockholm nun verhandlungstaktisch verhalten soll.

Schweden ist bestrebt, den Kontakt mit den neutralen "EFTA-Brüdern" aufrecht zu erhalten. Hinzu kommt jedoch, dass Stockholm an einer Zusammenarbeit der nordischen Staaten ebenso interessiert ist, und dies aus wirtschaftlichen Gründen.

Es ist zu begrüßen, dass im Kommissionsrapport die Idee des "alles oder nichts" keine Aufnahme fand. Schweden kann sich aber mit den Vorschlägen dieses Rapports nicht zufrieden geben. Der Bericht ist lediglich ein Ausgangspunkt, eine Art von erstem Angebot, über das nun verhandelt werden muss.

Schweden will die Fragen der Integration nicht auf die Zukunft verschieben, denn sonst würde das in seiner Industrie Unsicherheit schaffen. Stockholm zieht es vor, so rasch wie möglich konkrete Sachen zu diskutieren.

Nach gegenseitigen Dankesworten gibt Herr Nilsson seiner Hoffnung Ausdruck, die Kontakte zwischen Schweden und der Schweiz möchten auch in Zukunft aufrechterhalten bleiben, und lädt Herrn Graber zu einem Besuch nach Schweden ein. Herr Graber sagt grundsätzlich zu.

Ende der zweiten Besprechung.
